

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Gisela Sengl

Abg. Martin Schöffel

Abg. Horst Arnold

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Angelika Schorer

Staatsminister Helmut Brunner

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

"Artenreichtum statt Armut durch Ackergifte. Für eine neue Landwirtschaftspolitik"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Die Regeln für die Aktuelle Stunde sind bekannt. Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm, Günther Felbinger und Alexander Muthmann können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Artenreichtum statt Armut durch Ackergifte. Für eine neue Landwirtschaftspolitik" – das ist der ganze Titel unserer Aktuellen Stunde.

Wie sieht denn unsere Kulturlandschaft inzwischen aus? – Die Felder werden immer größer. Es gibt immer weniger Hecken und Feldgehölze. Es gibt keine Tümpel mehr, weil sie einfach zugeschüttet werden. Nasse Wiesen werden drainiert. Es gibt keine Feldraine und keine Straßensäume mehr. Gepflügt wird bis zum Bankett. Auf unseren maschinengerechten Äckern wachsen die Monokulturen für Biogas, Weltmarktmilch und Exportfleisch. Unsere Landschaft ist schon rein optisch arm dran. Aber nicht nur das, ihr fehlt auch das wirkliche Leben.

Fangen wir beim Ackerboden an: Bodenlebewesen sind für die Fruchtbarkeit unserer Böden, für den Humusaufbau und den Wasserrückhalt extrem wichtig. Ackerboden ist die Lebensgrundlage unseres Daseins. Der Boden ist ein lebendiger und empfindlicher Organismus, und obwohl wir heute wissen, wie ausgelaugt, verödet und erodiert er ist, beuten wir ihn weiter aus. Der größte Helfershelfer dabei sind die Ackergifte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unserem ländlichen Raum fehlt das Leben. In den letzten Jahrzehnten verschwand die Hälfte des Bestandes von Motten, Wildbienen und Schmetterlingen. Diese Armutsentwicklung wird durch zahlreiche Erhebungen genauso belegt wie durch einen Blick auf die Windschutzscheibe. Dort gibt es nicht mehr viel zu sehen. Noch vor 15 Jahren musste man tatsächlich ab und zu stehen bleiben und die Windschutzscheibe händisch saubermachen, weil es die Scheibenwischer nicht mehr geschafft hatten. Davon kann heute keine Rede mehr sein.

Ganz allgemein sind Insekten nicht unsere Lieblingsspezies. Bienen und Schmetterlinge haben es zwar geschafft und inzwischen ein ganz positives Image. Spinnen aber finden wir eklig, Asseln grausig, Stechmücken und Fliegen sowieso ganz furchtbar, und vor Wespen haben wir Angst. Ihr Verschwinden hat einen sehr bedrohlichen Hintergrund.

Nach einer kürzlich veröffentlichten wissenschaftlichen Langzeitstudie ist die Menge an Insekten um bis zu vier Fünftel zurückgegangen. Warum? – Insekten finden keinen Lebensraum und keine Nahrung mehr. Ackerwildkräuter sind der Lebensraum und die Nahrungsgrundlage von Insekten. Insekten wiederum sind die Nahrungsgrundlage von vielen anderen Tieren, vor allem von Amphibien und Vögeln. Diese Insektenstudie gilt in der Fachwelt als handfester, repräsentativer Beleg für das Ausmaß des Insektensterbens. Doch die Reaktionen der landwirtschaftlichen Meinungsbildner sind verblüffend.

Vor Kurzem gab es in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" einen Artikel, in dem der Autor schreibt: Es ist ein veritables Problem, wenn Leute, die für das Insektensterben Mitverantwortung tragen, sich geistig derart abschotten, dass sie zum Lernen und Umdenken völlig unfähig geworden zu sein scheinen. – Woher kommt eigentlich dieses Verdrehen sachlich-wissenschaftlicher Argumente, und woher kommt das Beharren auf einem naturschädigenden Wirtschaftssystem? Warum liegt den Akteuren der

Landwirtschaft so viel an ihrer Abhängigkeit von der Chemieindustrie und deren Ackergiften?

Als Hauptverursacher für das Artensterben gilt der Einsatz von Ackergiften. Ackergifte machen keine Ausnahme. Sie bringen alles um – außer der einen Pflanze, die sie schützen sollen. Wenn wir weiterhin so bedenkenlos und in so großen Mengen Herbizide und Insektizide verwenden, vernichten wir über kurz oder lang unsere Lebensgrundlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir die Art der Landwirtschaft nicht verändern, wird das Artensterben nicht aufhören. Wir brauchen eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Wir müssen es der konventionellen Landwirtschaft ermöglichen, umwelt- und tierfreundlicher zu arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auf allen politischen Ebenen weigert man sich, eindeutige Rahmenbedingungen zu schaffen. Besonders der CSU-Weg "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" hat komplett versagt, auf Bundesebene und auch bei uns auf Landesebene.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns quasi von der freien Wirtschaft sagen lassen, wohin der Weg gehen soll. Molkereien wie die Berchtesgadener Milchwerke in Piding – das ist eine Genossenschaftsmolkerei – beschließen einstimmig, dass sie ihren konventionellen Bauern den Einsatz von Glyphosat verbieten. Eine Molkerei bekommt das hin und wir in der Politik nicht. Das ist ein Armutszeugnis für uns in der Politik.

Wir GRÜNE wollen das verändern. Wir brauchen ganz klare Rahmenrichtlinien. Selbst Carl-Albrecht Bartmer, der DLG-Präsident, hat inzwischen schon zugegeben, dass es sicherlich möglich wäre, auf die Hälfte des Glyphosateinsatzes zu verzichten. Wenn

schon ein Glyphosat-Befürworter wie Bartmer von einer Halbierung spricht, gibt es offensichtlich Lösungen für die konventionelle Landwirtschaft, um den Einsatz von Ackergiften deutlich zu reduzieren.

Wir GRÜNE habe dafür eine Pestizidminimierungsstrategie für Bayern erarbeitet. Eine Landwirtschaft der Zukunft, wie wir sie wollen, arbeitet mit den natürlichen Grundlagen und nicht gegen die Natur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Pestizidminimierungsstrategie ist ein Angebot an die konventionelle Landwirtschaft. Wir wollen Landwirte und Landwirtinnen bei der Umstellung auf eine pestizidfreie Landwirtschaft finanziell unterstützen. Wir wollen eine flächendeckende Beratung einrichten, die Bäuerinnen und Bauern dazu befähigt, mit weniger Pestiziden zu arbeiten. Wir wollen ein Verbot des Totalherbizids Glyphosat und der bienengefährlichen Neonicotinoide. Wir wollen die Forschung zur Agrarökologie deutlich ausbauen und an der Landesanstalt für Landwirtschaft Bewirtschaftungsmodelle zur Minimierung des Pestizideinsatzes einführen.

Unter anderem mit diesen Punkten – wir haben noch viele andere – wollen wir es schaffen, den Pestizidverbrauch deutlich zu reduzieren. Es geht um eine Reduktion um 50 % bis zum Jahr 2030. Das Ziel soll auf lange Sicht eine giffreie Landwirtschaft sein.

Damit befinden wir uns übrigens im Einklang mit 80 % der Verbraucher. Das sollten sich alle Politiker einmal zu Herzen nehmen und nicht nur Lobbyarbeit für große, finanzstarke Konzerne betreiben, sondern Lobbyarbeit für uns, für unsere Bevölkerung und für unsere Bäuerinnen und Bauern.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Schöffel von der CSU das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man fragt sich wirklich, warum die Kollegin Sengl im Bayerischen Landtag solche Reden hält und vom leblosen Boden spricht. Ich frage mich, ob Sie diese Reden schon einmal vor ihren grünen Agrarkollegen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gehalten haben, dort, wo eine ganz andere Agrarstruktur herrscht, dort, wo ein ganz anderer Gewässerzustand herrscht, dort, wo die GRÜNEN bis vor Kurzem – in beiden Ländern – regiert und den Agrarminister gestellt haben.

(Beifall bei der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): Wir kümmern uns um Bayern!)

Und da beziehen Sie sich auf die Hobbyforscher von Krefeld, die in Bayern überhaupt keine Untersuchung gemacht haben.

Wir können in Bayern darauf verweisen, dass wir die kleinste, vielfältigste Agrarstruktur haben. Wir haben die meisten landwirtschaftlichen Betriebe, die beste Bioförderung und die meisten Biobetriebe sowie das beste Agrarumweltprogramm.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Darum müssen wir uns mit diesen Dingen schon etwas detaillierter auseinandersetzen, als es die Kollegin hier im Plenum und in irgendwelchen Filmchen im Internet macht.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte darauf hinweisen: So wenig wie möglich Pflanzenschutzmittel einzusetzen, ist das Ziel jedes Landwirts. Daran zu forschen, wie es weniger werden kann, ist die Aufgabe vieler Fachleute in unserer Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, in den Hochschulen und auch in den Landwirtschaftsschulen.

Man muss immer wieder daran erinnern: Jede Überfahrt über den Acker kostet Geld. Das macht der Landwirt nur, wenn es unbedingt sein muss; denn sonst würde er sich

selbst am meisten schaden. Unsere Landwirte bewirtschaften ihre Äcker nachhaltig, nach bestem Wissen und Gewissen. Sie denken auch an das Bodenleben, an Rückstände und an ihre Gesundheit.

(Florian von Brunn (SPD): Da wurde aber zur Interpellation etwas anderes geschrieben!)

Wir haben im Hinblick auf das, was unsere Bauern tun, in besonderer Weise Erfolge vorzuweisen. Wir fördern den ökologischen Landbau wie kein anderes Bundesland: 8.400 Betriebe, 270.000 Hektar Fläche. Allein im letzten Jahr haben 1.000 Betriebe umgestellt. Forschung und Förderung in diesem Bereich finden mit unserem Programm "BioRegio Bayern 2020" wie in keinem anderen Bundesland statt.

Jeder Landwirt, der Direktzahlungen beantragt, erbringt ökologische Leistungen durch alles, was man unter dem Thema Greening subsumiert: Fruchtfolgen, Stilllegungen, Zwischenfrüchte, Pufferstreifen, Erhalt des Dauergrünlandes, um nur wenige zu nennen, sind gute fachliche Praxis. Aber jeder zweite Betrieb geht darüber weit hinaus und leistet freiwillig einen Beitrag zur mehr Agrarökologie, was wir im Rahmen unseres Agrarumweltprogramms KULAP fördern, über 1 Million Hektar, fast 300 Millionen jährlich. Viele Maßnahmen werden ergriffen: Verzicht auf Düngung und/oder Pflanzenschutzmittel, Verzicht auf Intensivfrüchte, Anlage von Blühflächen, Wildsaaten, Hecken, Feldgehölzen, Beweidung von Grünland. Wir werden unseren Einsatz in diesem Bereich, für Blühflächen, für Pufferstreifen und Gewässerstreifen, auch noch erhöhen. Nur, ich war gestern erst bei einem Landwirt, der mir sagte, selbst beratende Einrichtungen sagten ihm, damit habe er sehr viel Ärger. Er hat nämlich eine Anlastung bekommen, weil der Pufferstreifen zu groß war. Auch das möchte die EU sanktionieren.

Wir müssen in diesem Bereich entbürokratisieren und die Dinge einfacher gestalten. Dann sind die Landwirte auch zu vielen Maßnahmen bereit. Aber wenn der Pufferstreifen sanktioniert wird, weil er zu groß angelegt ist, dann ist das doch Absurdistan, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In der Zukunft werden wir in der Landwirtschaft noch vieles Innovatives bekommen. Derzeit erproben wir in der Ökosystemforschung und mithilfe der Digitalisierung neue Verfahren, wie zum Beispiel die teilflächenspezifische Bewirtschaftung und selbstfahrende automatische Hackroboter statt Herbizide. Vieles wird sich von selbst einstellen.

Ich frage Sie aber: Ist es ethisch vertretbar, dass wir geprüfte, zugelassene Pflanzenschutzmittel verteufeln und damit extreme Pflanzenverluste in Kauf nehmen, dass Pflanzen ganz oder teilweise absterben, dass weniger geerntet werden kann, und das, wo doch eine Milliarde Menschen weltweit hungert?

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Da gibt es die verschiedensten Probleme: Gelbrost im Getreide, Phytophthora in Kartoffel und Mykotoxine. In warmen und feuchten Jahren tritt beispielsweise in vermehrtem Umfang das Wachstum von Pilzen wie Fusarium auf. Die produzierten Mykotoxine, Pilzgifte, sind Gifte, die für die Menschen wirklich gefährlich sind. Eine solche Ware wäre, wenn man nicht rechtzeitig behandelt, nicht verkehrsfähig. Sie müsste entsorgt werden. Da frage ich mich, ob das ethisch vertretbar ist.

Unsere Landwirte haben eine hervorragende Ausbildung; sie darf man nicht an den Pranger stellen. Die Landwirte haben Vorgaben einzuhalten und Vorschriften zu beachten. Alle nehmen täglich eine verantwortungsvolle Abwägung vor.

Auch wir wollen über den Bestand der Insekten in Deutschland mehr wissen. Dazu haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht. Darin werden von uns verschiedene Fragen gestellt. Eins ist aber schon klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es bedarf einer seriösen Untersuchung und valider Daten. Es gibt derzeit in Deutschland keine Erfassung von Insektenbeständen, die eine Aussage über die zeitliche Entwicklung erlauben würde. Die Hobbyforscher in Krefeld, die über diese Jahre hinweg an zwei Standorten Insektenfallen aufgestellt und die Biomasse gewogen haben, sind daher nicht besonders glaubwürdig.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage es ganz klar: Wenn es eindeutige Indizien dafür geben würde, dass Insektenarten in Deutschland in breitem Umfang aussterben, müsste man dem selbstverständlich nachgehen. Aber das müsste mit wissenschaftlich fundierten, nachvollziehbaren Methoden geschehen.

(Horst Arnold (SPD): Wissen Sie eigentlich, was Sie da so erzählen?)

Ihre durchsichtigen Autoscheibendeutungen, liebe Kollegin Sengl, können wir nicht durchgehen lassen. Die Autokonzerne untersuchen täglich, wie man die Autos noch stromlinienförmiger bauen kann. Sie aber zählen die Fliegen an der Windschutzscheibe. Das ist wissenschaftlich in keiner Weise nachzuvollziehen.

(Horst Arnold (SPD): Sie machen aus Elefanten Mücken!)

Jeder Landwirt hat ein echtes Interesse an einer artenreichen Kulturlandschaft, und er wird dafür auch in vertretbarem Umfang Maßnahmen ergreifen.

Wir müssen in Deutschland beispielsweise dringend unser bisheriges System von Ausgleichsflächen überdenken. Die tausendste Streuobstwiese bringt uns nicht sehr weit. Wir müssen wirkungsvollere, zielgerichtete Maßnahmen zusammen mit der aktiven Landwirtschaft entwickeln. Wir sind mit unserer Kompensationsverordnung, mit unserem KULAP und mit unserem Vertragsnaturschutzprogramm vorausgegangen. Auf diesen unseren Erfolgen werden wir uns trotzdem nicht ausruhen.

(Zurufe von der SPD)

Wenn es um die Artenvielfalt geht, müssen wir das Augenmerk auch auf die Arten richten, die in der Lage sind, Bodenbrüter und andere Arten massiv zu dezimieren. Ich nenne Fischotter, Wölfe, Füchse, Marderhunde, Waschbären und Minks.

(Zurufe von der SPD)

Das sind Fakten, lieber Kollege, und bei den Erstgenannten muss man ganz einfach auch einmal die Entnahme – ich sage: den Abschuss – zulassen. Dann ist es auch für Bodenbrüter wieder einfacher, Lebensraum zurückzugewinnen und sich zu vermehren.

(Beifall bei der CSU)

Von den vielen Hauskatzen, die auch Raubtiere sind und vor allem Vögel räubern, will ich an dieser Stelle gar nicht sprechen.

Die Agrarpolitik der GRÜNEN, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist völlig durchsichtig. Sie, meine Damen und Herren, pflegen Ihr eigenes Klientel, ohne Rücksicht auf unsere Bäuerinnen und Bauern zu nehmen, ohne deren praktische Arbeit zu kennen und ohne auf die Gefühlslage der Betroffenen Rücksicht zu nehmen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie, liebe Kollegin Sengl, verunglimpfen alle Bauern,

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das streite ich ab!)

zumindest 92 % der bayerischen Bauern als Zerstörer von Natur und Umwelt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Sie haben einen Film gedreht, in dem Sie behaupten, Pflanzenschutzmittel seien ganz selbstverständlich in spürbaren Mengen in Kartoffelpüree, in Nahrungsmitteln und in Flüssen und Bächen zu finden. Sie sollten sich schämen, so mit den Bauern umzugehen und so auf politischen Stimmenfang zu gehen!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Wir sind stolz auf unseren bayerischen Weg. Wir haben über 100.000 landwirtschaftliche Betriebe in Bayern; die meisten bei uns sind kleine Betriebe. Über 100.000 Bauernfamilien produzieren gesunde Nahrungsmittel und engagieren sich im ländlichen

Raum. Fast alle arbeiten mit höchstem Verantwortungsbewusstsein, und sollte es Ausnahmen geben, dann fallen sie in der Öffentlichkeit sofort auf.

(Zurufe von der SPD)

Mir kommt es darauf an, dass wir auch in Zukunft junge Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter finden, die den elterlichen Betrieb übernehmen, unser Land bewirtschaften und die das landwirtschaftliche Wissen aufnehmen und an die nächste Generation weitergeben.

Die Veränderungen, die wir in den verschiedenen Bereichen wollen, können wir nur mit den Bauern erzielen und nicht gegen sie, und das kann nur mit Maßnahmen geschehen, die in der Praxis umsetzbar sind, und nicht durch schäbige Filmchen. Das will ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Nur anonym geführte landwirtschaftliche Unternehmen, wie Sie sie der Agrarindustrie zurechnen und die nicht unser Leitbild sind, sind wirklich resistent gegen Ihre unsachlichen Anwürfe. Sie machen eine verantwortungslose Politik gegen die Bauern und damit gegen die Zukunft unseres Landes.

(Horst Arnold (SPD): Nein, Sie!)

Das ist nicht unser Weg. Wir wollen zusammen mit den Bauern Veränderungen erreichen, unser Land gestalten und gesunde Nahrungsmittel durch eine lebendige Kulturlandschaft erzielen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Kollege Arnold von der SPD das Wort. Bitte sehr.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine beiden Vorredner sind eigentlich so etwas wie Jamaikaner oder Schwampler. In diesem Zusammenhang bleibt mir nur die Hoffnung, dass die beiden Züge, die da aufeinander zurasen, rechtzeitig gestoppt werden; denn sonst würden beide unter dieser Kollision leiden hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer Fähigkeit, die Diskussion zielführend voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Schöffel, gesundbeten nützt nichts. Auch mit einem Auto, das nicht stromlinienförmig ist, wie beispielsweise ein VW Käfer, treffen Sie heute weniger Insekten. Ob es nun 80 % Rückgang der Masse der Fluginsekten sind oder 70 %, ist nicht entscheidend. Klar ist, dass ein Artenrückgang verzeichnet werden kann, und klar ist auch, dass das mit eine Folge der Art und Weise ist, wie Landwirtschaft praktiziert wird. Wir müssen auch feststellen, dass 92 % der Bäuerinnen und Bauern in Bayern Pflanzenschutzmittel einsetzen. 60 % dieser Landwirte tun dies im Nebenerwerb.

Sie, meine Damen und Herren, legen heute eine Strategie vor, mit der Sie fordern, bis zum Jahre 2030 eine 50-prozentige Reduzierung zu erzielen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, konventionell und bio sind für die Struktur im ländlichen Raum und auch für die Kulturlandschaft wichtige Elemente. Es sind sozusagen die Korsettstangen unseres Landes; diese gilt es zusammenzuführen und zusammenzudenken und nicht auseinanderzuidividieren.

Frau Sengl, ich habe manchmal den Eindruck, Sie besitzen die Neigung, die beiden Richtungen auseinanderzuidividieren. Damit könnten wir allerdings nicht gemeinsam zielführende, sinnvolle Lösungen erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Biokartoffeln nicht aus Ägypten – da sind wir uns einig. Aber dann müssen die Biokartoffeln in Bayern hochgezogen werden. Allerdings gibt es in Bayern auch den Kartoffel-

felkäfer. Und da rede ich zunächst einmal von den Ackergiften. Sie sprechen von Ackergiften immer dann, wenn es chemisch ist. Nun sind aber auch im Biolandbau Pflanzenschutzmittel zugelassen. Ich spreche zum Beispiel Spinosad an. Das ist im Grunde ein natürliches Mittel, aber sehen Sie sich doch einmal an, was das mit den Bodenbakterien sowie mit der Fermentation macht. Das Mittel wird als bienengefährlich bezeichnet; es ist gefährlich für Fliegen, Käfer und Schmetterlinge. Es ist im Grunde damit auch ein Gift, und ich glaube, letztendlich ist es den Insekten und vielleicht auch uns egal, warum diese Arten zurückgehen. Auch in diesem Bereich werden Dinge vorangetrieben, die notwendigerweise geschehen müssen, um Ernte, Lebenserwerb und Strukturen zu sichern. Wir können es uns nicht erlauben, einen hundertprozentigen Ernteausfall damit zu goutieren, dass man sagt, wenigstens schwirren dann entsprechend Bienen draußen herum. Natürlich ist das wichtig, aber wir müssen aus meiner Sicht etwas sachlicher bleiben.

Dann haben wir das Pflanzengift Neem. Es wird aus dem Niembaum gewonnen. Das ist auch ein pflanzliches Insektizid und bienengefährlich. Von daher wissen wir doch, dass in diesem Bereich notwendigerweise Maßnahmen ergriffen werden müssen. Die Polarisierung mit der Frage "Gift oder nicht Gift?" führt genau in die Sackgasse hinein. Das wollen wir nicht, sondern wir wollen darüber sprechen. Denken wir an den Raps. Da gibt es den Bioraps. Er wird in offiziellen Veröffentlichungen als die Königspflanze im Biolandbau bezeichnet, weil sein Anbau nur dort überhaupt Aussicht auf Erfolg hat, wo wenig Schädlingsbefall ist. Was ist mit dem Schädlingsbefall? Wie bekämpfe ich diesen? Hoffe ich darauf, dass der Schädling vorüberzieht? So kann man doch in einer modernen Landwirtschaft nicht arbeiten, insbesondere dann, wenn sie zum Broterwerb dient.

Meine Damen und Herren, die Dosis macht das Gift. Den Insekten ist es egal, woran sie zugrunde gehen. Wir haben einen Nationalen Aktionsplan 2013 ins Leben gerufen. Da waren auch die Agrarminister von den GRÜNEN dabei. Dieser Nationale Aktionsplan sagt in diesem Zusammenhang, dass bis 2030 die Risiken um 30 % zu reduzie-

ren sind, was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln für den Naturhaushalt anbetrifft, und insbesondere – damit haben wir uns schon das letzte Mal auseinandergesetzt – der Biolandbau um 20 % zu erhöhen ist. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen ihn umsetzen. Daher ist keine neue Politik angesagt, sondern wir müssen erst einmal anfangen, die alte umzusetzen. Dann stimmt es allerdings. Da war der Kollege Schmidt unser CSU-Agrarminister, der jetzt auch noch Verkehrsminister ist. Da kommen also die Fliegen automatisch auf das Auto drauf, wenn es noch welche gibt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Und da hat der Kollege Schmidt in einigen Punkten relativ versagt, weil er sie nicht vorgebracht hat. Was heißt das jetzt bezüglich der Gifte? – Wir wollen ein Antragsverfahren transparent gestalten. Wir wollen wissen, welche Gifte da drin sind. Das heißt, in diesem Bereich müssen Wirkstoff und Schädlichkeit identifiziert werden. Wir müssen für die Zukunft die Forschung in diesem Bereich stärken, aber auch die Beratung vor Ort. Da ist die Ausstattung der Landwirtschaftsämter durch den Freistaat gefragt. Die Wirkungsintensität und die Wirkungsäquivalente müssen alle benannt sein. Die Menge alleine, so wie Sie es fordern, führt nicht zu einem befriedigenden Ergebnis, weil man nämlich der chemischen Industrie, wie Sie sagen, zutraut, dass sie ihre Wirkungsschärfe auch in kleinen Dosen zunehmend gestalten kann. Dann haben wir möglicherweise weniger Gift; aber die Wirkungsweise ist vielleicht noch viel heftiger. Deswegen ist auf die Forschung und die Transparenz maßgebliches Augenmerk zu richten. Daran wollen wir weiter arbeiten.

Sie haben das letzte Mal integrierte Maßnahmen als nicht zielführend bezeichnet. Ich glaube schon, dass diese zu verstärken sind, nämlich auf der einen Seite durch sinnvolle Fruchtfolgen und auf der anderen Seite auch durch resistente Sorten. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass wir weiterhin Geld in die Sortenforschung stecken. Es ist in diesem Zusammenhang doch kein Verbrechen, resistente Sorten zu züchten. Die Ge-

schichte vom Raps zeigt – das ist fast meine Lieblingspflanze, obwohl ich keine Biene bin –

(Heiterkeit bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Augenscheinlich! Aber bienenfleißig, der Kollege!)

genau den Umstand, dass die Resistenz ständig zugenommen hat und gezüchtet worden ist.

Aber auch die ordnungspolitische Seite ist wichtig. Herr Schöffel, es ist wichtig, dass wir in diesem Zusammenhang schauen, dass die Maßnahmen, die dann ergriffen werden und die wir einführen, auch ordnungspolitisch überwacht werden. Es nützt nichts, wenn wir in der Düngeverordnung Ausbringzeiten festlegen, diese Ausbringzeiten aber nicht eingehalten werden. Hier muss die Ordnungspolitik massiv vorgehen. Wir haben in diesem Zusammenhang viel zu wenig Personal.

Aber eines muss auch klar sein: Herr Schöffel, wenn Sie sagen, die erste Säule ist das, was die Bäuerinnen und Bauern dazu befähigt, umweltrelevante Maßnahmen zu ergreifen, dann will ich Ihnen schon deutlich machen: 80 % der Mittel der ersten Säule sind durch die Verteilung nach dem Faktor Fläche für nur 20 % der Betriebe vorgesehen. Den ärmeren Bauern hilft das kaum. 80 % der Höfe mit den geringsten Einkommen bekommen laut dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim nur 25 % der Direktzahlungen, die 10 % mit den höchsten Einkommen dagegen 55 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Damit geht ein gutes Siebtel des gesamten EU-Haushalts an rund 750.000 ohnehin gut situierte Landwirtschaftsbetriebe. Das ist ein Umstand, den wir Sozialdemokraten für Bayern überhaupt nicht akzeptieren, sind wir doch diejenigen, die die Kleinteiligkeit, die familiengebundene bäuerliche Struktur, aufrechterhalten wollen. Sie gaukeln vor, wir bräuchten die Mittel aus der ersten Säule, um das zu erhalten. Ich habe Ihnen dargelegt, dass das so nicht funktioniert. Das bedeutet für die Zukunft auch: Um diese

Mittel sinnvoll einzusetzen, brauchen wir auf der einen Seite eine Deckelung dieser Zahlungen nach oben hin. Wir müssen auf der anderen Seite dafür sorgen, dass die Mittel der zweiten Säule, nämlich sozialverträgliche und gemeinnützige Leistungen, weiterhin gefördert werden. Dann sind diese Dinge wie Blühandstreifen möglicherweise wieder im Programm, und man muss nicht Angst haben, dass das Geld fehlt.

Eines muss man auch deutlich sagen, und da haben Sie versagt. Wir haben es wiederholt gefordert. Wir hätten das Wassergesetz bereits vor Jahren ändern können, und zwar dahin gehend, dass der Gewässerrandstreifen frei bleibt – fünf Meter frei.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt stellen wir immer wieder fest, dass dies ein willkürlicher Akt ist, der möglicherweise über das KULAP gefördert wird. Wenn er nicht gefördert wird, dann wird bis zum Gewässer gebaut. So kann man nicht arbeiten. Deswegen ist es richtig: Es muss eine Änderung stattfinden, aber eine Änderung aufgrund von Fakten, von Daten, von Möglichkeiten und sachlichen Analysen, nicht aufgrund von Verunglimpfungen und Beschimpfungen. Das haben unsere Landwirtinnen und Landwirte in Bayern nicht verdient. Sie machen sich verdient um unser Land. Deswegen werden wir uns mit unserer Linie weiterhin dafür einsetzen, dass das Sozialverträgliche in der Landwirtschaft notwendigerweise auch umweltverträglich sein muss.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Kraus von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit 2013 im Bayerischen Landtag, wie viele hier. Ich komme aus der Kommunalpolitik. Eigentlich habe ich gedacht, dass wir hier eine sachliche, fachliche, anständige Politik machen. Aber bei vielen Themen – wie auch bei diesem Thema –

ist das aus meiner Sicht nicht der Fall, sondern hier ist für mich allein schon die Überschrift zu dem Thema sehr billig: "Artenreichtum statt Armut durch Ackergifte. Für eine neue Landwirtschaftspolitik". Das sind zwei Bereiche. Artenreichtum steht auf der einen Seite. Damit kann ich durchaus leben. Die Beispiele von den Bienen und den Insekten an den Autoscheiben sind erwähnt worden. Beim Motorradfahren fällt das sogar noch stärker auf. Ein kleiner Witz am Rande: Wie hat man früher gesagt? Woran erkennt man freundliche Motorradfahrer? – Die Antwort war: an den Fliegen zwischen den Zähnen. – Das ist leider nicht mehr oft der Fall. Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Da sind wir beieinander. Es muss etwas getan werden. Bienen, Blühflächen etc. sind ein großes Thema.

Aber der zweite Teil "Armut durch Ackergifte" ist negativer zu sehen. Man könnte natürlich unter "Ackergifte" nachschauen. Diesen Begriff gibt es nämlich eigentlich gar nicht. Nicht einmal Wikipedia kennt ihn. Er wird ein paarmal von Autoren erwähnt, aber diese Autoren haben alle einschlägige Lektüre geschrieben. Es ist schon erwähnt worden. Was ist Gift überhaupt? – Die Dosis macht das Gift, oder Gift ist eine Frage der Dosierung. Paracelsus, wenn ich das richtig im Kopf habe.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Glyphosat hat er auch schon gehabt, der Paracelsus!)

Es gibt wirklich giftige Sachen. Was ist zum Beispiel auf dem Acker wirklich giftig? – Kreuzkräuter. Momentan dürften diese jedem ein Begriff sein. Jakobs-Kreuzkraut und Wasser-Kreuzkraut sind Gift für die Tiere. Da werden wir in Zukunft wirklich ein massives Problem haben. Wenn man nämlich eine solche Wiese anschaut und einige wenige gelbe Blüten sieht, dann sagt man, das sei kein Problem. Aber wer von den geschätzten Kolleginnen und Kollegen war schon mal draußen und hat sich das auf der Fläche angeschaut? Dann steht man vor einem Quadratmeter, und der Fachmann sagt, das sind 20 Kreuzkräuter. Das Problem ist: Dieses Gift wird nicht abgebaut, weder im Silo noch im Heu. Wenn das Vieh das Futter aufnimmt, dann kann das tödlich sein oder ganz schlimme Krankheiten verursachen. Heute sind die GRÜNEN ein

bisschen zurückgerudert: Jetzt wollen sie eine Halbierung. Eine Halbierung ist schon nicht mehr ganz so schlimm wie die Forderung, die Sie am Anfang gestellt haben, nämlich alles giffrei zu machen. Damit sind wir wieder bei der Vorverurteilung: 92 % der Bauern vergiften unsere Leute. Das ist beileibe nicht der Fall.

Heute wurde auch das berühmte Bilderbuch angesprochen. Mir fehlt bei aller Liebe jedes Verständnis, wenn Bienen und Blüten mit der Parkplatzsuche vor der Kindertagesstätte in Zusammenhang gebracht werden. Was am Ende bei diesem Video herausgekommen ist, ist eine ganz traurige Geschichte.

Außerdem war von Zaubermitteln die Rede. Was ist ein Zaubermittel? Ich bin ein Harry-Potter-Fan, aber so leicht ist es wahrscheinlich im richtigen Leben nicht. Im Netz gibt es aber auch gute Filme. Vor Kurzem habe ich einen Film gesehen, der sich mit der Versorgung der Bevölkerung beschäftigt, die sich bis zum Jahr 2050 weltweit verdoppeln wird. Liebe Kollegen, wir können nicht die ganze Welt über Hofläden und kleine Biobauern ernähren. Das ist nicht möglich. Wir wissen, dass sich der Nahrungsmittelbedarf der weltweit steigenden Bevölkerung erhöhen wird. Das wird eine große Herausforderung sein. Wir sind uns einig, dass wir da keine giftigen Sachen brauchen.

Ich halte es nicht für gut, wenn immer wieder Gift mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gleichgesetzt wird. Ich möchte auf Ihre Rede eingehen: Sie haben gesagt, es gebe keine Hecken mehr. Ich komme seit über 40 Jahren in unsere Flur hinaus. Unsere Flur war noch nie so begrünt wie jetzt. Wenn Sie sich alte Luftbilder ansehen, stellen Sie fest, dass man früher vier bis fünf Kilometer weit sehen konnte.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Man muss ganz Bayern betrachten, und nicht nur von oben!)

Vereine, Verbände und Jagdgenossenschaften haben viele Anpflanzungen vorgenommen. Zwischen der heutigen und der damaligen Situation besteht ein riesiger Unterschied. Sie haben gesagt, alle Pflanzenschutzmittel würden alle Insekten umbringen. Das stimmt nicht. In der intensiven Landwirtschaft wird mit vielen Nützlinge schonen-

den Mitteln gearbeitet. Diese Mittel lassen zum Beispiel die Marienkäfer am Leben. Ich möchte die Pflanzenschutzmittel mit der Medizin vergleichen. Ich bin inzwischen ein überzeugter Fan von Globuli und der Homöopathie.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Oh je!)

Bei uns gibt es eine Ärztin, die auch ausgebildete Homöopathin ist, die weiß, wann Schluss mit lustig ist. Diese Ärztin weiß genau, wann Antibiotika geboten sind. Irgendwann ist einmal ein Punkt erreicht, an dem man sagen muss: Es geht nicht mehr. So ähnlich ist es auch bei den Pflanzenschutzmitteln. Es ist wunderbar, wenn man darauf verzichten kann. Wenn diese Mittel aber notwendig sind, brauchen wir sie unbedingt.

Ich möchte noch Herrn Michael Horsch, der vielleicht dem einen oder anderen in der Landwirtschaft ein Begriff ist, zitieren. Er hat kürzlich gesagt: Wir haben in der Vergangenheit übertrieben. – Das ist punktuell richtig. Aber die jungen, gut ausgebildeten Landwirte übertreiben nicht mehr. Diese Landwirte sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Deshalb wäre es mein Anliegen, dass wir im Bayerischen Landtag wieder zu einer fachlichen und sachlichen Politik zurückkehren und nicht mit solchen billigen Filmen Polemik betreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Brendel-Fischer von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn Sie es uns nicht abnehmen, möchte ich dennoch auf die hohe Anzahl landwirtschaftlich genutzter Flächen in Bayern hinweisen, die sich inzwischen in einem Extensivierungsprogramm befinden. Sie kennen die Daten: Im Rahmen unseres Kulturlandschaftsprogramms geben wir über 260 Millionen Euro für eine Fläche von über einer Million Hektar aus. Dieses Programm ist der Renner und sucht bundes-

weit seinesgleichen. Wir stellen auch gutes Geld für den Vertragsnaturschutz zur Verfügung. Sie wissen, dass man für die Teilnahme am Vertragsnaturschutzprogramm kein aktiver Landwirt sein muss, sondern in Abstimmung mit der eigenen unteren Naturschutzbehörde bereits ab einer Fläche von 0,3 Hektar mitmischen kann.

Ich räume ein, dass wir bei unseren Programmen sicherlich über die eine oder andere Modifizierung nachdenken müssen. Mir wird immer wieder bestätigt, dass zu viel gemulcht wird. Früher wurde das immer als etwas Tolles hingestellt. In Bayern haben wir die Situation, dass sich jeder zweite Landwirt an einer Maßnahme für den Gewässer- und Klimaschutz, für den Artenschutz und für die Biodiversität beteiligt. Diese Prioritätensetzung der Programmgestaltung für die biologische Vielfalt gilt immerhin für 550.000 Hektar Fläche in Bayern. Der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ist es geschuldet, dass wir in Bayern 230.000 Hektar Greening-Flächen haben. Letzte Woche verlautete aus Brüssel, dass in der nächsten Legislaturperiode weitere Pflanzen für das Greening anerkannt werden. Dies wird sich insbesondere auf Räume mit einer hohen Biogasproduktion auswirken, aber auch auf das Landschaftsbild, auf den Gewässerschutz sowie auf die Erosionsproblematik.

Wir sind bei der Beratung von Landwirten aktiv zugange. Diese vollzieht sich heute in einer etwas anderen Form, als das noch vor zehn oder zwanzig Jahren bei den Ämtern der Fall war. Wir haben zum Beispiel die sogenannten Wildlebensraumberater, die aus ganz unterschiedlichen Berufen stammen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben den Einsatz dieser Wildlebensraumberater bis zum Jahr 2020 verlängert. Sie nehmen an gemeinsamen Veranstaltungen mit den Landwirten, Vertretern des Naturschutzes, der Landschaftspflegeverbände und des Bauernverbandes teil und führen diese Institutionen zusammen. Auch die Jägerschaft beteiligt sich daran intensiv. Damit wird der Lebensraum für Niederwild gesichert. Ich nenne als Beispiele Feldhasen, Fasane, Feldlerchen usw. Wir wollen bei uns die Zugvögel schützen, aber diesen

Zugvögeln geht es in vielen Mittelmeerländern sehr schlecht. Dadurch wird deren Bestand stark reduziert.

Ich möchte auch unsere Gebietsbetreuer nicht unerwähnt lassen, die über den Naturschutzfonds finanziert werden. Meine Fraktion hat ein großes Interesse daran, den Gebietsbetreuern eine gute Perspektive zu geben. Die Ämter für Ländliche Entwicklung haben in Bayern niemals solche Fehler begangen, wie sie in anderen Bundesländern bei der Flurbereinigung begangen worden sind. Heute ist das Amt für Ländliche Entwicklung in allen Regierungsbezirken eine anerkannte Behörde, die sich ganz intensiv darangemacht hat, Ökologie und Ökonomie zusammenzuführen. Ich erinnere nur an das Programm "Boden:ständig", bei dem es um Bodenschutz, Gewässerschutz usw. geht. Herr von Brunn, dies ist eine Entwicklung. Das geht nicht von heute auf morgen. Sie tun immer so, als ob Sie die Weisheit mit dem berühmten Schöpflöffel gegessen hätten.

Für die Bienen haben wir bereits vor Jahren unter der Federführung unseres Ministers eine Jungimkerförderung aufgelegt. Wir haben noch nie so viele Jungimkerinnen und Jungimker gehabt, so viele Frauen und Männer, die an diesen Lehrgängen teilnehmen. Ich kann das beurteilen, weil das bei uns hervorragend läuft. Inzwischen betätigen sich in Bayern 33.000 Menschen als Imker, natürlich überwiegend nebenberuflich.

Diese verbesserte Kooperation zwischen allen, die die Natur sowohl nützen als auch schützen wollen, ist sehr wichtig. Auch die Freizeitgärtner stehen hier in der Pflicht. Für die Freizeitgärtner gibt es viele gute Initiativen. Ich erinnere nur an die Aktionen mit den Baum- und den Gartenpflegern sowie Streuobst. Dies sind viele kleine Mosaiksteine, die ein gutes Ganzes entstehen lassen. Das geht Ihnen anscheinend nicht ein. Der Naturschutz findet nicht nur beim BUND Naturschutz in Bayern statt, das möchte ich hier ganz klar feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Die Artenvielfalt ist für uns ein wichtiges Thema. Das können Sie mir glauben. Deshalb ist es ignorant, wenn sich Leute hinstellen und behaupten, der Rückgang der Artenvielfalt sei überhaupt nicht feststellbar. Hier gebe ich Ihnen recht. Bestimmte Abläufe müssen sich ändern.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Es kann nicht sein, dass Sie ausschließlich die Landwirtschaft für diese Entwicklung verantwortlich machen. Das ist nicht zutreffend.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schorer von der CSU das Wort. Bitte schön.

(Florian von Brunn (SPD): Aber an die Zeit halten!)

Angelika Schorer (CSU): – An die Zeit halten! Das werde ich bei Ihnen in Zukunft auch deutlich beachten. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte deutlich sagen, dass wir hier nicht nur über die Bauern schimpfen sollen. Die Bauern sind nicht die Alleinschuldigen an dieser Situation. Wir dürfen vor allem nicht Stimmung gegen die Bauern machen. Unsere Landwirte sind für die Natur und mit der Natur unterwegs. Unsere Landwirte sind in puncto Nachhaltigkeit führend. Das haben wir schon in vielen Bereichen gesehen. Natürlich gibt es immer wieder Ausnahmen. Aber unsere Bauern sind nicht nur bereit, ihre Betriebe und Felder weiterzugeben, sondern sie wollen sie weitergeben, wie sie sie erhalten haben. Diesen Anspruch haben die bayerischen Bauern. Da Sie heute Zahlen und Daten der Krefelder Studie zitieren, müssen wir uns genauer über diese Studie unterhalten. Was sagt diese Studie überhaupt aus? – Für die Studie wurden Daten in drei Bundeslän-

dern erhoben. Die Daten wurden nur für zwei bestimmte Bereiche erhoben. Wir, die CSU, fordern, eine genauere Ursachenanalyse durchzuführen. Dazu haben wir bereits einen Antrag eingebracht. Das haben die Kolleginnen und Kollegen schon erwähnt. Wir dürfen nicht nur an einem Fleck schauen, sondern müssen auch in den Städten schauen, wo es keine Landwirtschaft gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Herr Magerl, wie schaut es dort mit der Artenvielfalt aus? Wir haben keine belastbaren Zahlen darüber, wie es beispielsweise im Grünlandbereich, in den Bergen oder im Alpenvorland aussieht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

– Da können Sie noch zehnmal dazwischenrufen!

(Florian von Brunn (SPD): Er hat aber recht!)

– Nein, er hat nicht recht! Es gibt keine klare Ursachenforschung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Andere Länder haben doch auch nicht mehr getan. Wir haben parallel dazu immer Forschungen betrieben. Jetzt brauchen wir es noch genauer.

(Katharina Schulze (GRÜNE): By the way, der Klimawandel ist Fakt!)

Es hilft nicht, nur einen Weg zu gehen. Herr von Brunn, das diskutieren wir im Landwirtschaftsausschuss auch ständig. Wir gehen zwei Wege. Jeder zweite Bauer in Bayern ist bereit, nicht nur Agrarumweltprogramme in Anspruch zu nehmen, sondern mehr zu tun, als notwendig ist. Das bezieht sich auf den Klima-, den Arten- und den Wasserschutz. Unsere Bauern machen in diesen Bereichen mehr als notwendig. Das muss auch einmal honoriert werden. Es geht darum, nicht nur anzuprangern, sondern

Wege aufzuzeigen, wie es besser gemacht werden kann. In diesem Punkt sind wir wieder beieinander.

(Horst Arnold (SPD): Das hat er ja gemacht!)

– Herr Kollege Arnold, lassen Sie uns im Ausschuss darüber diskutieren, wie es noch schneller vorangehen kann.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das haben wir ja gemacht!)

Die Vorredner haben bereits aufgezeigt, dass unsere jungen Landwirte besser ausgebildet sind. Wir haben die verbesserte Ausbildung nicht nur angestoßen, sondern sie wird auch ständig verbessert. Die Landwirte sind gut ausgebildet für einen besseren Umgang mit der Artenvielfalt und für deren Vergrößerung. Dazu setzen wir nicht nur Berater ein, Herr von Brunn. Der Einsatz der Berater ist sehr positiv. Das haben wir erst letzte Woche in der Ausstellung erfahren. Die Gebietsbetreuer arbeiten seit Jahren sehr positiv in den Regionen. Das alles kann nicht einfach zur Seite geschoben werden.

Ich möchte heute festhalten, dass der Fokus nicht auf eine alleinige Schuld der Bauern gerichtet werden darf. Wir haben immer wieder darüber diskutiert, dass es viele Faktoren gibt. Hier müssen die Gärten und Wohnanlagen, die öffentlichen Flächen, die Kommunen, die Straßenränder und die Bahn in den Fokus genommen werden. Alle tragen Verantwortung, nicht allein die Landwirte. Die Gesamtverantwortung muss deutlich gemacht werden.

(Florian von Brunn (SPD): Die CSU hat auch Verantwortung!)

– Herr von Brunn, die privaten Haushalte setzen nur noch Rasenroboter ein. Das muss auch erwähnt werden. Was sagen Sie dazu? – Hier wird nichts für die Artenvielfalt getan. Es wird nichts dafür getan, dass sich zukünftig noch eine Biene in einem Privatgarten aufhält. Auch das müssen Sie erwähnen. Das ist notwendig.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind alles christlich-soziale Hausbesitzer! – Horst Arnold (SPD): Das ist doch nicht verhältnismäßig!)

Sie dürfen mit dem Finger nicht immer nur auf die Landwirte zeigen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sind jetzt die Privaten schuld? Jetzt hören Sie mal auf damit!)

– Die Privaten müssen auch etwas leisten, nicht nur die Landwirte. Da immer wieder der Vorwurf kommt, dass wir in der Landwirtschaft nichts tun würden, möchte ich darauf hinweisen, dass wir den Ausbau zum Thema Agrarökologie bereits auf den Weg gebracht haben. Das ist der bayerische Weg. Der bayerische Weg ist auch richtig. Bei der Ökosystemforschung sind wir auf einem guten Weg.

Ich spreche jetzt die Frau Kollegin Sengl an: Wieso schaut sich ein Minister für Landwirtschaft und Umwelt aus Schleswig-Holstein die bayerische Landwirtschaft an, wenn wir alles falsch machen und auf dem falschen Weg sind? – Nein, er nimmt sich die Arbeitsweisen Bayerns in vielen Bereichen zum Vorbild. Ich möchte zum Schluss sagen: Wir nehmen die Umwelt und den Naturschutz nicht nur ernst, sondern unsere Landwirte tun bereits sehr, sehr viel. Wir müssen beide Wege beschreiten, nämlich die Ursachen noch genauer benennen und unsere Programme weiter intensivieren. Ich bitte Sie, mit uns gemeinsam auf diesem Weg zu gehen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Auf welchem jetzt? Es sind ja zwei Wege!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat Herr Staatsminister Brunner das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich müsste ich jetzt gar nichts mehr sagen. Frau Sengl, alle Redner der Opposition und der Regierungsfraktion haben Sie heute fachlich in die Schranken gewiesen. Ich kann Ihre heutige Rede auch

nicht verstehen. Sie haben in den vergangenen vier Jahren schon bessere Reden gehalten. Zehn Monate vor der Wahl sind Sie vermutlich schon vom Wahlkampffieber angesteckt. Ansonsten kann ich mir die Horrorszenarien, die Sie zu Beginn Ihrer Rede gemalt haben, überhaupt nicht erklären. Sie sprechen davon, wie verheerend sich die Agrarstruktur in Bayern entwickelt hätte. Dabei wird jeder dritte Bauernhof Deutschlands in Bayern bewirtschaftet. Sie sprechen von zunehmend großen Flurstücken. Sie beklagen, dass möglicherweise nicht jede Hecke erhalten bleibt. Sie sprechen von nassen Wiesen. Nehmen Sie doch bitte auch zur Kenntnis, dass bei uns nicht mehr mit Ochsen und Pferden gewirtschaftet wird, sondern mit modernen Maschinen. Dafür benötigt man entsprechend große Flurstücke, um wettbewerbs- und konkurrenzfähig zu bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen scheinen Sie auch nicht zur Kenntnis genommen zu haben, dass die Flurbereinigung der früheren Jahrzehnte in eine Flurneuordnung übergegangen ist. Dabei sollen nicht nur die Flurstücksgrößen im Blick behalten werden, sondern die naturschutzfachlichen Elemente sollen aufrechterhalten werden. Heckenpflegeprogramme werden aufgelegt und angeboten. Wir unterstützen die Landwirte. Die Vorredner der CSU-Fraktion haben das KULAP bereits erwähnt. Das brauche ich jetzt nicht zu wiederholen. Wir haben für dieses extensive Programm mehr Geld als jemals zuvor und mehr als in irgendeinem anderen Bundesland ausgegeben. Jeder dritte Hektar Land wird über das KULAP bewirtschaftet. Fast jeder zweite Landwirt in Bayern nutzt dieses Angebot. Sie haben das Tierwohl und die artgerechte Haltung angesprochen. Ich habe im Jahre 2017 extra ein bayerisches Förderprogramm aufgelegt. Damit können auch die kleineren Betriebe mit 20 oder 25 Kühen unterstützt und gefördert werden. Mit dieser Förderung muss nicht zwangsläufig eine Produktionserhöhung verbunden sein.

(Beifall bei der CSU)

Bitte seien Sie hier realistischer. Malen Sie keine Szenarien an die Wand, die für Bayern nicht zutreffen. Ich möchte mich jetzt nicht in Vergleichen mit anderen Bundesländern und anderen Strukturen ergehen. Glauben Sie mir: Viele schauen neidvoll auf Bayern. Wir haben es geschafft, auch im Jahre 2017 diese bäuerlichen Strukturen zu erhalten und gleichzeitig ein vernünftiges Einkommen für unsere Landwirte zu ermöglichen. Zudem stellen wir eine flächendeckende Landbewirtschaftung sicher. Ich unterstütze die Argumentation all derer, die darauf hingewiesen haben, dass das Thema Biodiversität, Artenvielfalt, beileibe nicht nur ein Thema für Grundstücksbesitzer und Landbewirtschaftler ist. Dazu müssen sich schon alle bekennen.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es in unserem Umfeld Veränderungen gegeben hat, im Interesse der Wohlstandssicherung und im Interesse der Schaffung von Infrastrukturen für Neubürger. Natürlich haben wir Straßen gebaut. Natürlich wurde die Landschaft teilweise durchschnitten. Selbstverständlich brauchen wir neue Wohnungen. Selbstverständlich brauchen wir neue Arbeitsplätze. Bayern zählt seit der Wiedervereinigung zwei Millionen mehr Einwohner. Das kann man doch nicht einfach ignorieren. Frau Sengl, ich verstehe daher beim besten Willen nicht, was Sie vorgetragen haben.

Ehrlicherweise muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass sich selbst der Klimawandel manchmal auch negativ auf die Biodiversität auswirkt, sodass invasive Arten zunehmen. Unser bayerisches Biodiversitätsprogramm und der Weg des Schützens und Nutzens sind letzten Endes der Schlüssel zum Erfolg. Gerade über dieses Programm ermöglichen wir, dass wir nicht eine Zweiteilung in unserer Landschaft vornehmen, sondern wir wollen in unseren Wäldern wie auch in der Landwirtschaft nachhaltig wirtschaften. Ich bekenne mich zu einer bodengebundenen, ressourcenschonenden Landbewirtschaftung. Das ist letzten Endes auch Ausdruck der Ehrfurcht vor der Schöpfung. Das wollen wir auch künftig so handhaben.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Gisela Sengl (GRÜNE))

– Herr von Brunn, wenn Sie Anmerkungen haben, können Sie sich hinterher gerne melden. Das trifft auch für die Frau Sengl zu. – Meine Damen und Herren, Sie wissen haargenau: Vor vier Jahren, als die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik – GAP – auch national umgesetzt werden musste, haben wir es geschafft, dass wir erstmals nicht mehr stur nach Hektar und Quadratmetern in der ersten Säule finanzieren, auszahlen und ausgleichen, sondern dass dank uns aus Bayern ein Struktureinsatz dazugekommen ist. Genau das ist für mich auch für die Zukunft Wegweiser, dass wir in diesem Sinne auch die neuen Bedingungen in Brüssel und damit auch in Deutschland entsprechend umsetzen.

Wir sind viele Biotopverbünde eingegangen. Die Wildlebensraumberater und der ökologische Landbau sind genannt worden. Ich denke, ich brauche nicht zu wiederholen, was ich in verschiedenen anderen Reden hier im Landtag zum Ausdruck gebracht habe. Wir sind mit der ökologischen Landbauförderung Spitzenreiter in ganz Deutschland.

Ich erinnere auch daran, dass wir über die Forschung sehr wohl neue Akzente setzen. In Oberfranken läuft ein verheißungsvolles Projekt zu der Durchwachsenen Silphie als Energiepflanze, die eine Alternative zum Mais bietet.

(Horst Arnold (SPD): Seit fünf Jahren wird in Mittelfranken verweigert!)

– Ja, in ganz Bayern laufen verschiedene Forschungsprojekte, Herr Arnold, und ich habe mit dem BUND Naturschutz das eine oder andere Projekt auf den Weg gebracht. Ich erinnere an die Wiesenmeisterschaft und an den Ackerwildkraut-Wettbewerb, bei dem Äcker prämiert werden, die den nötigen Lebensraum für Ackerwildkräuter bieten und damit einen wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt leisten. Ich nenne die Initiative "Boden:ständig" und die Projekte der "Ländlichen Entwicklung in Bayern"; ich könnte eine ganze Litanei an weiteren Beispielen aufzählen.

(Florian von Brunn (SPD): Ergebnisse!)

– Ja, Ergebnisse, Herr von Brunn! Machen Sie die Augen auf, wenn Sie durch die Landschaft laufen,

(Beifall bei der CSU)

und vergleichen Sie die Lage hier mit der in anderen Bundesländern!

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie sollten dabei allerdings nicht die Nostalgie als Gradmesser nehmen, sondern die Realität. Fahren Sie mit mir durch unser Bayernland, und dann machen wir einen Abstecher in andere Bundesländer; dann können Sie frei entscheiden, wo Sie lieber leben möchten.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Na, das ist ja wie früher, dann gehen Sie halt rüber!)

Meine Damen und Herren, auf dem Weg, verantwortungsvoll mit Pflanzenschutzmitteln umzugehen, werden wir auch durch die neuen Möglichkeiten des technischen Fortschritts und der Digitalisierung unterstützt. Denken Sie an die Sensortechnik; denken Sie an die Robotik! Möglicherweise können wir die Roboter auch im mechanischen Pflanzenschutz künftig mehr einsetzen. Ich habe zumindest vor, dass wir zum Thema Ökosystemforschung ein entsprechendes Zentrum bei der LfL-Zweigstelle in Ruhstorf einrichten. Wir von der Staatsregierung machen nicht nur unsere Hausaufgaben, meine Damen und Herren; wir stellen die Weichen für die Zukunft, damit wir auch beim Thema Biodiversität und Artenvielfalt erster Sieger in Deutschland sind. Das ist mein Ziel und mein Ehrgeiz.

Abschließend bitte ich noch einmal alle, nicht nur der Landwirtschaft hier Verantwortung zuzuweisen,

(Florian von Brunn (SPD): Auch der CSU!)

sondern insgesamt der Wirtschaft und allen Bürgerinnen und Bürgern. Ich bitte auch um mehr Ehrlichkeit anstelle von purer Scheinheiligkeit in der Diskussion. Viele unserer Mitbürger erwarten, dass unsere Bauern bessere, ökologischere, vielfältigere und auf kleineren Strukturen erzeugte Lebens- und Nahrungsmittel zur Verfügung stellen und dann auch noch billiger sind als die anderen. Das ist nicht fair; das ist ungerecht. Wir müssen auch alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in unser Leitbild einbinden. Dann können wir ehrlicher miteinander umgehen. Es soll nicht so sein wie neulich, als ich die Information bekam, dass die katholische Friedhofsverwaltung in Burghausen um eine Ausnahmegenehmigung ersucht, um bei nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen Pflanzenschutzmittel einsetzen zu dürfen, weil diese um das Siebenfache billiger sind als Alternativen. Das ist auch die Realität, meine Damen und Herren, in unserer Welt, und das bitte ich einfach zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und die Aktuelle Stunde ist beendet.